

Pressemitteilung

17. Februar 2023

Welttag der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar

SoVD: Mehr Unterstützung für Menschen mit kleinem Geldbeutel

Hannover. Explodierende Preise in nahezu allen Bereichen: Den Alltag zu bestreiten, wird derzeit für Menschen mit geringem Einkommen immer schwieriger. Diese Probleme zeigen sich auch in der Beratungspraxis des Sozialverbands Deutschland (SoVD) in Niedersachsen. Anlässlich des Welttags der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar fordert der Verband deshalb mehr Maßnahmen gegen die soziale Schieflage und für mehr Chancengleichheit.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Während einige wenige Menschen über ein enormes Vermögen verfügen, haben andere kaum Geld zum Leben. „Von sozialer Gerechtigkeit sind wir leider noch immer meilenweit entfernt“, stellt Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, fest.

Wie sehr die Menschen belastet sind, wird auch im Beratungsalltag des Verbands sichtbar. „Zu uns kommen zahlreiche Betroffene, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete oder die nächste warme Mahlzeit bezahlen sollen“, erzählt Sackarendt. Zwar gebe es einzelne Maßnahmen – wie etwa die Erhöhung des Wohngeldes – doch diese kämen oft viel zu spät bei den Menschen an. „Es gibt viele Kommunen in Niedersachsen, in denen Betroffene oft Monate auf eine Entscheidung des Wohngeldamtes warten. Wer soll denn in dieser Zeit ihre Miete zahlen?“, so der Landesvorsitzende.

Besonders schockiert zeigt sich Sackarendt über die aktuellen Zahlen zur Kinderarmut. Fast ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen sind armutsgefährdet. „Das darf in einem reichen Land wie Deutschland nicht sein. Deshalb brauchen wir dringend eine Kindergrundsicherung, die dafür sorgt, dass junge Menschen nicht abgehängt werden“, fordert der niedersächsische SoVD-Chef und ergänzt: „Die Politik muss dringend etwas tun. Denn steigt in einer Gesellschaft die Ungleichheit, drohen soziale Spannungen und Spaltung. Es muss alles drangesetzt werden, dass sich jede*r dazugehörig und nicht ausgeschlossen fühlt.“